

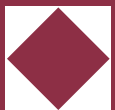
Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

22

Michael Stürner/Franziska Krauß

Ausländisches Recht in deutschen Zivilverfahren

Eine rechtstatsächliche Untersuchung



Nomos

Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heinrich Dörner, Universität Münster

Prof. Dr. Burkhard Hess,

Max Planck Institute Luxembourg for International,
European and Regulatory Procedural Law

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel, Universität zu Köln

Band 22

Michael Stürner/Franziska Krauß

Ausländisches Recht in deutschen Zivilverfahren

Eine rechtstatsächliche Untersuchung



Nomos

Dieses Buch wurde gefördert mit Mitteln des im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder eingerichteten Exzellenzclusters der Universität Konstanz „Kulturelle Grundlagen von Integration“.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4622-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-8854-3 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Der Impetus zu dieser Untersuchung ging von einem Vortrag aus, zu dem der Erstverfasser im Februar 2012 anlässlich der gemeinsam von der EU-Kommission und der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht in Brüssel ausgerichteten Tagung „Access to Foreign Law in Civil and Commercial Matters“ eingeladen worden war. Das Vortragsthema – Access to Foreign Law, A German Perspective – schien zwar dogmatisch lohnend, aber doch literarisch bereits gut aufgearbeitet. Um den im Schrifttum weitgehend bestehenden Konsens hinsichtlich der Praxisprobleme bei der Ermittlung und Anwendung ausländischen Rechts auch empirisch zu testen, führte der Erstverfasser im Wintersemester 2011/12 eine entsprechende schriftliche Erhebung beim Amtsgericht und beim Landgericht Frankfurt (Oder) durch, seiner damaligen akademischen Heimat. Diese Umfrage zielte weniger auf statistisch belastbare Evidenz denn auf eine eher anekdotische Bestätigung literarischer Erkenntnisse. Anders als die grenznahe Lage vermuten ließe, wurde aber in dem abgefragten Zeitraum 2009-2011 nur bei einem sehr geringen Anteil der Fälle überhaupt ein Auslandsbezug berichtet.

Vor diesem Hintergrund erschien es reizvoll, unter dem Dach des Konstanzer Instituts für Rechtstatsachenforschung eine breiter angelegte, in erster Linie qualitativ-empirische Untersuchung durchzuführen, um ein besseres Bild von der Realität der grenzüberschreitenden Streitigkeiten vor deutschen Zivil- und Familiengerichten zu bekommen. Die hier vorgelegte Studie fasst die Ergebnisse der Untersuchung zusammen und macht auf dieser Grundlage Vorschläge zur Verbesserung des Zugangs zu ausländischem Recht.

Unser Dank gilt in erster Linie den Richterinnen und Richtern, die sich für die Experteninterviews zur Verfügung gestellt haben. Ihrer Offenheit ist es zu verdanken, dass diese Studie – so hoffen wir – echten Erkenntnisgewinn bietet. Unser Dank gilt weiter dem Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg für seine stete Förderung des Projekts, und hier vor allen Dingen Frau VorsRiBAG *Inken Gallner*, der vormaligen Amtschefin und Vorsitzenden des Forschungsbeirats des Konstanzer Instituts für Rechtstatsachenforschung. *Jessica Rex* vom Kommunikations-, Informations- und Medienzentrum der Universität Konstanz hat uns in Me-

Vorwort

thodenfragen unterstützt, wofür wir sehr zu Dank verpflichtet sind. Am Konstanzer Lehrstuhl haben *Jana Abt*, *Theresa Hepp* und *Sophie Reblin* tatkräftig bei der Transkription der Interviews mitgeholfen. Hierfür sei ihnen herzlich gedankt. Die Drucklegung wurde durch die großzügige Unterstützung des Konstanzer Exzellenzclusters „Kulturelle Grundlagen von Integration“ ermöglicht. Auch hierfür sagen wir herzlich Dank.

Konstanz, im Oktober 2017

Michael Stürner
Franziska Krauß

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Teil 1: Grundlagen	23
§ 1 Problemstellung	24
§ 2 Ziele des Forschungsprojekts	29
§ 3 Unterstützung des Forschungsprojekts	30
Teil 2: Praktische Bedeutung ausländischen Rechts in deutschen Zivilverfahren und Wege zu seiner Ermittlung	31
§ 1 Allgemeines Zivilrecht	31
A. Fallbeispiel 1: Verkehrsunfall im Ausland	32
I. Sachverhalt	32
II. Relevanz des ausländischen Rechts	32
B. Fallbeispiel 2: Warenkauf und Aufrechnung	33
I. Sachverhalt	33
II. Relevanz des ausländischen Rechts	33
§ 2 Familiengerichtliche Verfahren	34
A. Fallbeispiel 1: Scheidung deutscher Staatsangehöriger mit Wohnsitz im Ausland	35
I. Sachverhalt	35
II. Relevanz des ausländischen Rechts	36
B. Fallbeispiel 2: Bestimmung des Ehenamens nach ausländischem Recht	36
I. Sachverhalt	36
II. Relevanz des ausländischen Rechts	36
§ 3 Zugang zu ausländischem Recht	37
A. Eigene Kenntnis des Gerichts	38
B. Mitwirkung der Parteien	40
C. Externe Informationsquellen	41
I. Ermittlung im formlosen Verfahren	41
1. Allgemein	41

2. Rechtshilfe	42
a) Londoner Übereinkommen	42
b) Das Europäische Justizielle Netz	46
II. Beweis durch Sachverständige zum ausländischen Recht	47
D. Wahl des Ermittlungsweges	50
Teil 3: Bisherige Erkenntnisse hinsichtlich der Anwendung ausländischen Rechts	51
§ 1 Anwendung ausländischen Rechts in den EU-Staaten und Vorschlag einer Verordnung („Madrid Principles“)	51
§ 2 Analyse des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung zur Anwendung ausländischen Rechts in den EU-Staaten	52
A. Häufigkeit der Anwendung ausländischen Rechts	54
B. Sachliche Bereiche	54
C. Vermeidung der Anwendung ausländischen Rechts	55
D. Ermittlungsmethoden/-wege	55
E. Verbesserungsbedarf	56
§ 3 Access to Foreign Law: die Initiative der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht	57
A. Leitprinzipien zur Entwicklung eines Instrumentariums zur Vereinfachung des Zugangs zu ausländischem Recht, Oktober 2008	57
B. Richtlinien hinsichtlich des Zugangs zu ausländischem Recht in zivilrechtlichen und wirtschaftsrechtlichen Belangen, Februar 2012	58
§ 4 Studie zur Anwendung und Auslegung ausländischen Rechts in 29 Staaten	60
A. Inhalt des Fragebogens	60
B. Ergebnisse anhand des Länderberichts für Deutschland	61
Teil 4: Befragung der Richterinnen und Richter in Baden- Württemberg	63
§ 1 Projektphasen und Methodik	63
A. Projektphasen	63

B. Methodik	64
I. Quantitative Forschungsmethode	64
II. Qualitative Forschungsmethode	65
1. Auswahl der Interviewpartner	66
2. Interviewleitfäden	66
3. Durchführung der Experteninterviews	67
4. Aufzeichnung und Transkription	67
5. Anonymisierung der Transkriptionen	68
6. Einzelanalyse und Gesamtauswertung	69
§ 2 Ergebnisse der Online-Umfragen	70
A. Online-Umfrage an den Amtsgerichten	71
I. Persönliches	71
1. Geschlecht	71
2. Alter	71
3. Tätigkeitsdauer als Zivilrichter/-in	72
4. Teilnehmende Amtsgerichte	72
II. Verfahren mit Auslandsbezug	72
1. Häufigkeit der Verfahren mit Auslandsbezug pro Jahr (Schätzung)	73
2. Grund des Auslandsbezugs	73
3. Sachliche Bereiche	73
B. Online-Umfrage an den Landgerichten	74
I. Persönliches	75
1. Geschlecht	75
2. Alter	75
3. Tätigkeitsdauer als Zivilrichter/-in	75
4. Teilnehmende Landgerichte	76
II. Verfahren mit Auslandsbezug	76
1. Häufigkeit der Verfahren mit Auslandsbezug (Schätzung)	76
2. Instanz	76
3. Grund des Auslandsbezugs	77
4. Sachliche Bereiche	77
C. Gesamtergebnis Online-Umfragen	77
§ 3 Experteninterviews an den Amtsgerichten	78
A. Inhalt des Leitfadens	78
B. Allgemeine Informationen zu den teilnehmenden Gerichten	78

C. Interviewergebnisse	79
I. Häufigkeit der Verfahren mit Auslandsbezug	79
1. Hypothesen	79
2. Angaben der Befragten	79
II. Erkennen des Auslandsbezugs	81
1. Hypothesen	81
2. Angaben der Befragten	82
III. Grund des Auslandsbezugs	83
1. Hypothesen	83
2. Angaben der Befragten	83
IV. Sachliche Bereiche	84
1. Hypothesen	84
2. Angaben der Befragten	84
V. Häufigkeit der Anwendung ausländischen Rechts	85
1. Hypothesen	85
2. Angaben der Befragten	87
a) Häufigkeit der Anwendung ausländischen Rechts	87
b) Vermeidung der Anwendung ausländischen Rechts	88
VI. Ermittlung des ausländischen Rechts	89
1. Mögliche Ermittlungswege und Hypothesen	89
a) Ermittlungsmethoden	89
b) Hypothesen	90
2. Verwendete Ermittlungsmethoden nach Angaben der Befragten	90
a) Gerichtsinterne Ermittlung	91
b) Ermittlung im formlosen Verfahren	93
c) Ermittlung im förmlichen Verfahren	94
d) Parteivortrag	95
3. Nicht verwendete Ermittlungsmethoden nach Angaben der Befragten	96
4. Schwierigkeiten bei der Ermittlung	98
a) Zugang zur Rechtsprechung und Aktualität des gefundenen Materials	98
b) Mangelnde Sprachkenntnisse	98
c) Zeitaufwand	99

5. Vorgehensweise bei Nichtermittelbarkeit	101
a) Nichtermittelbarkeit des ausländischen Rechts im Allgemeinen	101
b) Hypothese	101
c) Angaben der Befragten	102
VII. Anwendung und Auslegung des ausländischen Rechts	103
1. Anwendung und Auslegung des ausländischen Rechts im Allgemeinen	103
2. Hypothesen	103
3. Schwierigkeiten bei Anwendung und Auslegung nach Angabe der Befragten	104
a) Kenntnis der ausländischen Gesetzssystematik	104
b) Kenntnis der ausländischen Begriffsterminologie	105
c) Kenntnis der ausländischen Rechtspraxis	105
d) Fehlende Materialien zur Auslegung	106
4. Vorgehensweise bei Lücken im ausländischen Recht	107
VIII. Einfluss der Anwendung ausländischen Rechts auf das Prozessende	109
1. Hypothesen	109
2. Angaben der Befragten	109
IX. Konkrete Verbesserungsvorschläge	110
1. Übersicht vorhandener Ermittlungsmethoden/ Quellen	110
2. Verbesserung der vorhandenen Erkenntnisquellen/ Schaffung weiterer Erkenntnisquellen	112
3. Entwicklung einer Sachverständigen-Datenbank	112
4. Schulungen	114
5. Direkte Ansprechpartner	115
6. Universitätsausbildung	117
7. Gleichlauf zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht	118
X. Zusammenfassung	119
1. Häufigkeit des Auslandsbezugs und Anwendung des ausländischen Rechts	120
2. Ermittlung des ausländischen Rechts	120
3. Anwendung und Auslegung des ausländischen Rechts	121

4. Einfluss des ausländischen Rechts auf das Prozessende	121
5. Verbesserungsvorschläge	122
§ 4 Experteninterviews an den Land- und Oberlandesgerichten	122
A. Inhalt des Leitfadens	122
B. Allgemeine Informationen zu den teilnehmenden Gerichten und Richtern	123
C. Interviewergebnisse	123
I. Häufigkeit der Verfahren mit Auslandsbezug	123
1. Hypothesen	123
2. Angaben der Befragten	124
II. Erkennen des Auslandsbezugs	125
1. Hypothesen	125
2. Angaben der Befragten	126
III. Grund des Auslandsbezugs	127
1. Hypothesen	127
2. Angaben der Befragten	127
IV. Sachliche Bereiche	127
1. Hypothesen	127
2. Angaben der Befragten	128
V. Auslandsbezug und Grenznähe des Gerichts	128
1. Hypothesen	128
2. Angaben der Befragten	129
VI. Häufigkeit der Anwendung ausländischen Rechts	129
1. Hypothesen	129
2. Angaben der Befragten	129
a) Häufigkeit	129
b) Vermeidung der Anwendung ausländischen Rechts	131
VII. Ermittlung des ausländischen Rechts	133
1. Mögliche Ermittlungsmethoden und Hypothesen	133
2. Verwendete Ermittlungsmethoden	133
a) Gerichtsinterne Ermittlung	133
b) Ermittlung im förmlichen Erfahren	135
c) Ermittlung im formlosen Verfahren	136
d) Parteivortrag	137
3. Nicht verwendete Ermittlungsmethoden	138

4. Schwierigkeiten bei der Ermittlung	139
a) Zugang zur ausländischen Rechtspraxis	139
b) Suche nach geeigneten Rechtsquellen	140
c) Aktualität des gefundenen Materials	140
d) Fehlende Fremdsprachenkenntnisse	140
e) Zeitaufwand	141
VIII. Anwendung und Auslegung des ausländischen Rechts	142
1. Hypothesen	142
2. Schwierigkeiten bei Anwendung und Auslegung	142
a) Kenntnis der ausländischen Gesetzssystematik	142
b) Kenntnis der ausländischen Begriffsterminologie und Fremdsprachenkenntnisse	144
c) Kenntnis der ausländischen Rechtspraxis und weiterführende Materialien	144
3. Vorgehensweise bei Lücken im ausländischen Recht	145
IX. Einfluss der Anwendung ausländischen Rechts auf das Prozessende	147
1. Hypothesen	147
2. Angaben der Befragten	147
X. Konkrete Verbesserungsvorschläge	149
1. Übersichten über Ermittlungsmethoden/-wege	149
2. Übersichten zum ausländischen Recht	149
3. Direkte Ansprechpartner zum ausländischen Recht	150
4. Schulungen	151
5. Universitätsausbildung	152
6. Gleichlauf zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht	153
7. Streitwert und anwendbares Recht	154
8. Zuständigkeitskonzentration	155
XI. Fehlende Revisibilität der Anwendung und Auslegung ausländischen Rechts	156
1. Rechtslage	156
2. Angaben der Befragten	158
XII. Zusammenfassung	159
1. Häufigkeit des Auslandsbezugs und Anwendung des ausländischen Rechts	160
2. Ermittlung des ausländischen Rechts	160

3. Anwendung und Auslegung des ausländischen Rechts	161
4. Einfluss des ausländischen Rechts auf das Prozessende	161
5. Verbesserungsvorschläge	162
Teil 5: Konsequenzen und Lösungsmöglichkeiten für die Praxis	163
§ 1 Veränderung des IPR selbst	163
A. Fakultatives IPR?	163
B. Reduktion von Komplexität (Gleichlauf von forum und ius)	167
C. Exklusivnormen	169
D. Ausweitung von Ausweichklauseln	171
E. Lex fori als Reserverechtsordnung	171
I. Ordre public	172
II. Nichtermittelbarkeit	174
§ 2 Veränderung verfahrensrechtlicher Vorgaben	175
A. Zulassung des Einwandes des forum non conveniens	176
B. Lockerung der Anforderungen an die Ermittlung des ausländischen Rechts	177
I. Beschränkung auf zumutbaren und verhältnismäßigen Aufwand	177
II. Inpflichtnahme der Parteien	180
C. Revisibilität ausländischen Rechts	181
§ 3 Verbesserung des Zugangs zum ausländischen Recht	181
A. Verbesserung der Informationslage	182
I. IPR in der juristischen Ausbildung	182
II. Schulungen	184
III. Handreichungen zu § 293 ZPO	185
IV. Datenbanken für Sachverständige zum ausländischen Recht	185
V. Datenbanken zum ausländischen Recht	187
B. Kontakt zu Intermediären	188
I. Förderung privater Netzwerke	188
II. Konservierung von richterlicher Erfahrung bei Dezernatswechsel	189
III. Europäisches Justizielles Netz	189

C. Institutioneller Zugang zum ausländischen Recht	191
I. Vorlageverfahren	191
II. Institutionalisierung des Sachverständigenbeweises	194
§ 4 Institutionelle Spezialisierung	195
Literaturverzeichnis	201
Anhang	213
Anhang I – Fragebogen für Interviews an Amtsgerichten	213
Anhang II – Fragebogen für Interviews an Landgerichten	216
Anhang III – Fragebogen für Interviews an Oberlandesgerichten	219

Abkürzungsverzeichnis

a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AnwBl	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AUG	Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten (Auslandsunterhaltsgesetz)
AuRAG	Gesetz zur Ausführung des Europäischen Übereinkommens betreffend Auskünfte über ausländisches Recht und seines Zusatzprotokolls
Az.	Aktenzeichen
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOGK	Beck'scher Online Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck Rechtssache
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung)
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWNNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise

Abkürzungsverzeichnis

CA	Court of Appeal
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CPO	Civilprozeßordnung
CPR	Civil Procedure Rules
d.h.	das heißt
ders.	derselbe
DFGT	Deutscher Familiengerichtstag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Drucks.	Drucksache
Ebd.	Ebenda
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Einl.	Einleitung
EJN	Europäisches Justizielles Netz
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
EU	Europäische Union
EuBagatellVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EuBeweisVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuUnthVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
EuZustVO	Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f., ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRB	Familien-Rechtsberater
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fn.	Fußnote
FuR	Familie und Recht

GBl.	Gesetzblatt
ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HKÜ	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (Haager Kindesentführungsübereinkommen)
Hrsg.	Herausgeber
i.V.m.	in Verbindung mit
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IntFamRVG	Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts
IPG	Gutachten zum Internationalen und Ausländischen Privatrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ital. IPRG	italienisches Gesetz Nr. 218 vom 31.5.1995
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JAG NRW	Gesetz über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen)
JAG Saarland	Gesetz Nr. 1228 über die juristische Ausbildung (Juristenausbildungsgesetz)
JAPG Bremen	Bremisches Gesetz über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung
JAPO RP	Juristische Ausbildungs- und Prüfungsordnung Rheinland-Pfalz
JAPrO BW	Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung Baden-Württemberg
JAVO SH	Landesverordnung über die Ausbildung der Juristinnen und Juristen Schleswig-Holstein
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JurBüro	Juristisches Büro (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JVEG	Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KSÜ	Haager Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (Haager Kinderschutzübereinkommen)
LG	Landgericht
LQR	Law Quarterly Review (Zeitschrift)
m. Anm.	mit Anmerkung

Abkürzungsverzeichnis

m.N.	mit Nachweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MPI	Max-Planck-Institut
MüKo	Münchener Kommentar
n.F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-aktuell	Neue Juristische Wochenschrift aktuell
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
NK-BGB	Nomos-Kommentar zum BGB
Nr.	Nummer
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
OLG	Oberlandesgericht
östIPRG	österreichisches Bundesgesetz vom 15. Juni 1978 über das internationale Privatrecht (IPR-Gesetz)
PStG	Personenstandsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAusKÜ	Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht (sog. Londoner Übereinkommen)
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer(n)
Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
sec.	Section
Slg.	Sammlung
Teilurt.	Teilurteil

Abkürzungsverzeichnis

TranspR	Transportrecht – Zeitschrift für das gesamte Recht der Güterbeförderung, der Spedition, der Versicherungen, des Transports, der Personenbeförderung
u.a.	unter anderem
UCPR	New South Wales Uniform Civil Procedure Rules
Urt.	Urteil
v.	vor, von, versus
verb.	verbunden(e)
VersAusglG	Gesetz über den Versorgungsausgleich
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorlagebeschl.	Vorlagebeschluss
WLR	Weekly Law Reports
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge.
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZuVOJu	Zuständigkeitsverordnung Justiz Baden-Württemberg
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Teil 1: Grundlagen

Den Vorurteilen „Juristen nutzen keine Statistiken. Juristen führen keine Interviews. Juristen machen keine Experimente.“¹ tritt die Rechtstatsachenforschung entgegen. Dieser Zweig der Rechtswissenschaft versteht sich als „wissenschaftlicher Brückenschlag zwischen dogmatischer Jurisprudenz und empirisch erfasster Wirklichkeit“.² Die Rechtstatsachenforschung möchte empirisch fundiert klären, ob ein vermutetes Praxisproblem tatsächlich Relevanz hat und deswegen möglicherweise (legislativer) Regelungsbedarf besteht.³ Rechtstatsachen sind dabei diejenigen Tatsachen, die für ein umfassendes Verständnis und eine sachgemäße Anwendung der Norm erforderlich sind.⁴ Die Rechtstatsachenforschung kann dem Gesetzgeber bei der Analyse helfen, ob im jeweiligen Bereich die getroffene Regelung dem dabei verfolgten rechtspolitischen Anliegen gerecht geworden ist oder ob weitere Schritte erforderlich sind.⁵ Begründet wurde die Rechtstatsachenforschung im Bereich des Zivilrechts von *Nussbaum*.⁶ Zum Nutzen der Rechtstatsachenforschung im Zivilprozess formulierte dieser bereits vor über 100 Jahren Folgendes: „Gerade hier ist dem Lernenden mit Einzelheiten wenig gedient, da diese sich doch nur durch die Praxis einprägen können und nur durch sie Anschaulichkeit gewinnen. Umgekehrt ist die rechtstatsächliche Seite hier von besonderer Bedeutung und auch von besonders hohem Interesse. Während heute der Zivilprozeß vom Standpunkt des Rechtsjäungers aus im allgemeinen zu den

1 *Engel/Schön*, in: Engel/Schön, Das Proprium der Rechtswissenschaft, S. 1. Zu jeder dieser Aussagen gebe es zwar Ausnahmen, aber der überwiegende Teil der deutschen Rechtswissenschaft sei damit angemessen beschrieben.

2 *Spindler/Gerdemann*, AG 2016, 698.

3 *Spindler/Gerdemann*, AG 2016, 698.

4 Vgl. *Pieger*, in: Chiotellis/Fikentscher, Rechtstatsachenforschung, S. 127, 133.

5 *Von Falkenstein*, in: Chiotellis/Fikentscher, Rechtstatsachenforschung, S. 77, 78. Jüngst hat die Justizministerkonferenz wieder die Bedeutung der Rechtstatsachenforschung für die Rechtspolitik betont, siehe Beschluss I.12 auf der 88. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 21./22. Juni 2017.

6 *Nussbaum*, Rechtstatsachenforschung, 1914. Einen Überblick über die Geschichte der Rechtstatsachenforschung im gesellschaftsrechtlichen Bereich gibt *Hamann*, Evidenzbasierte Jurisprudenz, S. 41 ff. m.w.N.